

...ausen der Freiheit, die sowieso nicht hoch im Kurs steht, haben sie damit einen Bärendienst erwiesen. Denn wirtschaftliche Freiheit bedeutet Eigentum, Wettbewerb, Vertrags- und Gewerbefreiheit, aber ebenso auch Haftung.

...denen verstanden keinen sonderlichen Wert. Wirtschaftliche Akteure wie auch viele Ökonomen in der Wissenschaft verlassen sich stattdessen lieber auf mathematische Formeln und hochabstrakte Modelle, die von der Fehlbarkeit der Menschen und ihren irrationalen Nei-

...wir haben es in unserer gesellschaftlichen Entwicklung über die Jahrhunderte so weit gebracht; weil sie angetrieben war von einem ständigen Wettbewerb des Wissens, der Ideen, der Erfindungen, die die Individuen hervorgebracht haben. Zugleich entstand ein immer differenzierteres soziales und rechtliches Regelwerk,

...hänge würde den politischen und wirtschaftlichen Akteuren gut zu Gesicht stehen. Darin liegt die Chance, aus der Krise zu lernen und die Freiheit als Tätigkeit zu begreifen.

Ulrike Ackermann ist Professorin für Politikwissenschaft und Direktorin des neugegründeten John Stuart Mill Instituts für Freiheitforschung an der SRH Hochschule Heidelberg.

Ökonomenstreit kommt nun auch in der Wirtschaft an

Wirtschaftsverband befürchtet weniger Praxisorientierung / Staatssekretär Otremba gibt sich gelassen

In den Streit um die Besetzung von sechs volkswirtschaftlichen Lehrstühlen in Köln mischt sich nun auch die Wirtschaft ein. Am vergangenen Freitag hat die Industrie- und Handelskammer Köln zu einem Gespräch mit einigen Beteiligten geladen. Die IHK zeigte sich alarmiert, dass mitten in der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten die ordnungspolitische Ausrichtung der Kölner Universität geschwächt werde. „Die Lebenswirklichkeit ist eine andere, als es die Wissenschaft wahrhaben will“, sagte Werner Görg, IHK-Vizepräsident und Vorstandsvorsitzender der Gothaer Versicherungsbank. Innerhalb von acht Jahren habe es zwei negative Großereignisse gegeben, die von volkswirtschaftlichen Modellrechnungen nicht berücksichtigt worden seien. Viele quantitative Modelle seien massiv überfrachtet und brächten die Unternehmen nicht weiter. Ordnungspolitische Konzepte wie Verantwortung und Haftung sowie die Gemeinwohl- statt Individualorientierung seien bedauerlicherweise ins Hintertreffen geraten.

Eingeladen war zu dem Gespräch auch Walther Otremba, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium. Er sah die Auseinandersetzung bedeutend gelasse-

ner. „Das mag daran liegen, dass zwischen Köln und Berlin 600 Kilometer liegen“, sagte er. Allerdings zeigte er sich auch deutlich zufriedener mit den wissenschaftlichen Forschungsergebnissen als der IHK-Vertreter. Sein Ministerium sei auf Expertisen von formal gut ausgebildeten Ökonomen angewiesen. Reine Fachleute der Ordnungspolitik hätten hingegen einen geringeren Wert. Sein Ministerium brächten keine Glaubenssätze und Bekenntnisse zur Sozialen Marktwirtschaft weiter. „Morgens Freiburg und abends Ludwig Erhard zu sagen ist wenig hilfreich“, sagte Otremba. Vor der Wirtschaftskrise sei weder das, was formal arbeitende, noch das, was ordnungspolitisch ausgerichtete Wirtschaftswissenschaftler geleistet hätten, optimal gewesen. „Deshalb hören sie von mir ein klares Bekenntnis zum Sowohl-als-auch“, betonte er.

Die IHK verlangte aber von den Kölner Ökonomen, an die Kölner Tradition anzuknüpfen, Sinnfragen der Wirtschaftsordnung verständlich zu erklären. Die regionale Wirtschaft sei interessiert an praxisnaher Forschung, sagte Görg. „Wenn Sie weiter auf die Interessen der ortsansässigen Wirtschaft hören, würde uns das sehr

freuen.“ Diese Sorge versuchte Achim Wambach, Professor am Staatswissenschaftlichen Seminar, auszuräumen. Weil an der Universität ein umfassender Generationenwechsel anstehe, stehe die Fakultät gleichermaßen vor großen Herausforderungen wie auch vor Chancen. Dass nun sechs Lehrstühle mit Makroökonomien besetzt würden, biete die Möglichkeit, die Universität internationaler aufzustellen. „Wir haben aber nie vorgehabt, die wirtschaftspolitische Beratung abzubauen“, betonte Wambach.

Staatssekretär Otremba begrüßte diese Orientierung. Wer als internationaler Forscher ankommen wolle, komme an den Anforderungen der Wissenschaft nicht vorbei. Gleichzeitig müssten die Ökonomen aber auch Urteilsvermögen und Hintergrundwissen mitbringen. „Die entscheidende Frage ist, ob man mit Modellen wirtschaftspolitisch relevante Fragen angeht“, ergänzte Jürgen Donges, emeritierter Professor der Kölner Universität und früherer „Wirtschaftsweiser“ im Sachverständigenrat. Er räumte empirischen Analysen einen hohen Stellenwert ein. Wenn allerdings keine Daten vorhanden seien, müsste sich die Politikberatung auf Nachdenken stützen. Noch in den neunzi-

ger Jahren sei es schwer gewesen, an Zahlen des damaligen Arbeitsamtes zu kommen. „Da haben wir für unsere Empfehlungen nachgedacht; und hinterher hat die Evaluation unsere Überlegungen bestätigt“, sagte Donges. Wer nichts über Institutionen und Regelsetzung wisse, könne zwar wissenschaftlich Karriere machen, „aber sonst kann man mit ihnen nichts anfangen“, sagte der Außenwirtschaftsspezialist.

Wambach betonte, dass die Ausschreibung der neu zu besetzenden Lehrstühle so offen gehalten worden sei, dass auch Fachleute für Wirtschaftspolitik sich darauf hätten bewerben können. Die öffentliche Auseinandersetzung, die dadurch ausgelöst wurde und in einen Streit über die grundsätzliche Ausrichtung des Faches mündete, hätten die Kölner nicht angestrebt. Um an die ordnungspolitische Tradition anzuknüpfen, versprach er aber, zukünftig Podiumsdiskussionen zu dem Thema auszurichten. Damit hat die Universität kürzlich schon begonnen. Und die Übertragung experimenteller Ergebnisse auf die Praxis, wie etwa beim Aufbau der Leipziger Strombörse, solle auf keinen Fall der Vergangenheit angehören, versprach Wambach.

PHILIPP KROHN

Evolution

Wissen-Hörbuch

Bestellen
Telefonisch (069) 75 91-1010

merk
deska
von
mens
Micha
nanzv
stituts
rem B
födera
Die
ren di
gleichs
burg-V
einnah
aufteilt
lich 12
150 Eu
Steuerp
32 Euro
munaler
glichen.
Bundesl
Einnahn
mehr Ste
Personal
„Profit“ a
Die Ris
deutscher
seit einig
treffender
Dies führt
kommissi
desrat. Er
Schuldenb
„ein wichti
der öffentl
beiden Au
che Holly
die Födera
die Fortse
bereits vor
ausgleich re
Bundesländ
einnahmen
einstellen we
len die Aut

Dem Ansehen der Freiheit, die sowieso nicht hoch im Kurs steht, haben sie damit einen Bärendienst erwiesen. Denn wirtschaftliche Freiheit bedeutet Eigentum, Wettbewerb, Vertrags- und Gewerbefreiheit, aber ebenso auch Haftung.

Ökonomenstreit kommt nun auch in der Wirtschaft an

Wirtschaftsverband befürchtet weniger Praxisorientierung / Staatssekretär Otremba gibt sich gelassen

In den Streit um die Besetzung von sechs volkswirtschaftlichen Lehrstühlen in Köln mischt sich nun auch die Wirtschaft ein. Am vergangenen Freitag hat die Industrie- und Handelskammer Köln zu einem Gespräch mit einigen Beteiligten geladen. Die IHK zeigte sich alarmiert, dass mitten in der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten die ordnungspolitische Ausrichtung der Kölner Universität geschwächt werde. „Die Lebenswirklichkeit ist eine andere, als es die Wissenschaft wahrhaben will“, sagte Werner Görg, IHK-Vizepräsident und Vorstandsvorsitzender der Gothaer Versicherungsbank. Innerhalb von acht Jahren habe es zwei negative Großereignisse gegeben, die von volkswirtschaftlichen Modellrechnungen nicht berücksichtigt worden seien. Viele quantitative Modelle seien massiv überfrachtet und brächten die Unternehmen nicht weiter. Ordnungspolitische Konzepte wie Verantwortung und Haftung sowie die Gemeinwohl- statt Individualorientierung seien bedauerlicherweise ins Hintertreffen geraten.

Eingeladen war zu dem Gespräch auch Walther Otremba, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium. Er sah die Auseinandersetzung bedeutend gelasse-

ner. „Das mag daran liegen, dass zwischen Köln und Berlin 600 Kilometer liegen“, sagte er. Allerdings zeigte er sich auch deutlich zufriedener mit den wissenschaftlichen Forschungsergebnissen als der IHK-Vertreter. Sein Ministerium sei auf Expertisen von formal gut ausgebildeten Ökonomen angewiesen. Reine Fachleute der Ordnungspolitik hätten hingegen einen geringeren Wert. Sein Ministerium brächten keine Glaubenssätze und Bekenntnisse zur Sozialen Marktwirtschaft weiter. „Morgens Freiburg und abends Ludwig Erhard zu sagen ist wenig hilfreich“, sagte Otremba. Vor der Wirtschaftskrise sei weder das, was formal arbeitende, noch das, was ordnungspolitisch ausgerichtete Wirtschaftswissenschaftler geleistet hätten, optimal gewesen. „Deshalb hören sie von mir ein klares Bekenntnis zum Sowohl-als-auch“, betonte er.

Die IHK verlangte aber von den Kölner Ökonomen, an die Kölner Tradition anzuknüpfen, Sinnfragen der Wirtschaftsordnung verständlich zu erklären. Die regionale Wirtschaft sei interessiert an praxisnaher Forschung, sagte Görg. „Wenn Sie weiter auf die Interessen der ortsansässigen Wirtschaft hören, würde uns das sehr

ne. Wir haben es in unserer gesellschaftlichen Entwicklung über die Jahrhunderte so weit gebracht, weil sie angetrieben war von einem ständigen Wettbewerb des Wissens, der Ideen, der Erfindungen, die die Individuen hervorgebracht haben. Zugleich entstand ein immer differenzierteres soziales und rechtliches Regelwerk,

freuen.“ Diese Sorge versuchte Achim Wambach, Professor am Staatswissenschaftlichen Seminar, auszuräumen. Weil an der Universität ein umfassender Generationenwechsel anstehe, stehe die Fakultät gleichermaßen vor großen Herausforderungen wie auch vor Chancen. Dass nun sechs Lehrstühle mit Makroökonomien besetzt würden, biete die Möglichkeit, die Universität internationaler aufzustellen. „Wir haben aber nie vorgehabt, die wirtschaftspolitische Beratung abzubauen“, betonte Wambach.

Staatssekretär Otremba begrüßte diese Orientierung. Wer als internationaler Forscher ankommen wolle, komme an den Anforderungen der Wissenschaft nicht vorbei. Gleichzeitig müssten die Ökonomen aber auch Urteilsvermögen und Hintergrundwissen mitbringen. „Die entscheidende Frage ist, ob man mit Modellen wirtschaftspolitisch relevante Fragen angeht“, ergänzte Jürgen Donges, emeritierter Professor der Kölner Universität und früherer „Wirtschaftsweiser“ im Sachverständigenrat. Er räumte empirischen Analysen einen hohen Stellenwert ein. Wenn allerdings keine Daten vorhanden seien, müsste sich die Politikberatung auf Nachdenken stützen. Noch in den neunzi-

menhänge würde den politischen und wirtschaftlichen Akteuren gut zu Gesicht stehen. Darin liegt die Chance, aus der Krise zu lernen und die Freiheit als Tätigkeit zu begreifen.

Ulrike Ackermann ist Professorin für Politikwissenschaft und Direktorin des neugegründeten John Stuart Mill Instituts für Freiheitsforschung an der SRH Hochschule Heidelberg.

ger Jahren sei es schwer gewesen, an Zahlen des damaligen Arbeitsamtes zu kommen. „Da haben wir für unsere Empfehlungen nachgedacht; und hinterher hat die Evaluation unsere Überlegungen bestätigt“, sagte Donges. Wer nichts über Institutionen und Gesetzgebung wisse, könne zwar wissenschaftlich Karriere machen, „aber sonst kann man mit ihnen nichts anfangen“, sagte der Außenwirtschaftsspezialist.

Wambach betonte, dass die Ausschreibung der neu zu besetzenden Lehrstühle so offen gehalten worden sei, dass auch Fachleute für Wirtschaftspolitik sich darauf hätten bewerben können. Die öffentliche Auseinandersetzung, die dadurch ausgelöst wurde und in einen Streit über die grundsätzliche Ausrichtung des Faches mündete, hätten die Kölner nicht angestrebt. Um an die ordnungspolitische Tradition anzuknüpfen, versprach er aber, zukünftig Podiumsdiskussionen zu dem Thema auszurichten. Damit hat die Universität kürzlich schon begonnen. Und die Übertragung experimenteller Ergebnisse auf die Praxis, wie etwa beim Aufbau der Leipziger Strombörse, solle auf keinen Fall der Vergangenheit angehören, versprach Wambach.

PHILIPP KROHN

Evolution

Wissen-Hörbuch

Bestellen Sie
Telefonisch (069) 75 91-10 10